

# **Die Welt nach dem Ost-West-Konflikt**

## **Geschichte und Prognosen**

Herausgegeben von  
Martin Robbe und Dieter Senghaas

Akademie-Verlag Berlin

ISBN 3-05-001139-4

Erschienen im Akademie-Verlag Berlin, Leipziger Straße 3–4, Berlin, DDR-1086  
© Akademie-Verlag Berlin 1990  
Lizenznummer: 202 · 100  
Printed in Germany  
LSV: 0235  
Bestellnummer: 755 290 2 (9353)

Inhalt		
Vorbemerkung		7
Einstieg		11
Fritz Klein	1914 und 1934: Zwangsläufig oder abwendbar? Über Möglichkeiten und Grenzen friedlicher Konfliktregelung vor den beiden Weltkriegen	13
	Kooperation oder konfrontative Nachkriegsordnung	31
Wilfried Loth	Kooperative Nachkriegsordnung oder Kalter Krieg	33
Rolf Badstübner	Die Deutschlandfrage im Spannungsfeld zwischen internationaler Kooperation und Konfrontation (1943–1949)	51
Jochen Laufer	Das Problem der deutschen Reparationen in den Beziehungen der vier Besatzungsmächte 1945/46	59
Gerhard Keiderling	Die Berlinkrisen 1948 und 1961– Konfliktlösungen im Kalten Krieg	73
Karl Drechsler	Die Kuba-Krise 1962	91
Michael Lemke	Bundesrepublik und europäische Vertragspolitik in den Jahren 1969–1975	107
	Kalter Krieg – Kooperation. Grundlinien der Diskussion, wesentliche Inhalte und Probleme	121
	Konflikte in Asien und Afrika	129
Immanuel Geiss	Langfristige historische Voraussetzungen zeitgenössischer Konflikte in postkolonialen Nachfolgestaaten nach 1945, besonders in Schwarzafrika	131
Joachim Heidrich	Die asiatisch-pazifische Region: Konflikt-Rivalität-Kooperation	149

Dietrich Reetz	Das Konfliktpotential ethnisch-nationaler Prozesse in Asien und die Perspektiven einer asiatischen Friedensordnung	165
Udo Steinbach	Zwischen Politik und Chaos – Konfliktkonstellationen im Nahen Osten in den 80er Jahren	181
Karin Kulow	Lösungsmöglichkeiten des Nahostkonflikts	207
Wolfgang Schwanitz	Nahost: Regelungsansätze im Lichte der Intifāda	225
Gerhard Höpp	Religion im Konflikt. Gibt es eine islamische Lösung für Palästina?	249
Winrich Kühne	Afrika nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Überlegungen zu einem „Neuen Realismus“ in Afrika	267
Christian Mährdel	Der Eritrea-Konflikt am Horn von Afrika: Ursprung und Ausbruch	299
Klaus Brade	Südafrikas Expansionismus von Mitte der 40er bis Anfang der 60er Jahre. Zur Entstehungsgeschichte eines Konfliktherdes	323
Alfred Babing	Wege zur Konfliktlösung im südlichen Afrika durch systemübergreifende Zusammenarbeit	331
	Regionale Konflikte in Asien und Afrika: Diskussion	337
	Ein Europa demokratischer Rechtsstaaten: Modell für die Welt?	345
Dieter Senghaas	Perspektiven der Friedensgestaltung im Europa der 90er Jahre	347
Dietrich Reetz	Ist die Geschichte zu Ende?	367
Egbert Jahn	Tendenzen einer Zivilisierung des Ost-West-Konflikts in Europa	377
Hartwig Busse	Zur Perspektive internationaler Sicherheit	393
Wolfgang Scheler	Zum Verhältnis von äußerem und innerem Frieden	403

Bernd Peter Löwe	Deutsche(r) – quo vadis?	407
Martin Robbe	Jahrhundertwende in Sicht: Versuch einer Standortbestimmung	427
Lothar Brock	Regionaler Wandel und Weltfriedensordnung	441
Zukunftsaussichten.	Zur Diskussion	455
Teilnehmerverzeichnis		463

## Das Konfliktpotential ethnisch-nationaler Prozesse in Asien und die Perspektiven einer asiatischen Friedensordnung

### I.

Wenn in der gegenwärtigen Situation US-Präsident Bush und Generalsekretär Gorbatschow davon sprechen, daß der Kalte Krieg seinem Ende zugeht, verfolgen die politischen Führungen vieler Entwicklungsländer diesen Gang der Ereignisse mit Mißtrauen. Das bestätigte auch der Vorsitzende der Süd-Süd-Kommission der Nichtpaktgebundenen, Nyerere, Mitte Januar in Berlin<sup>1</sup>. Wird die scheinbare Verbrüderung von Ost und West auf Kosten der Dritten Welt geschehen oder ihr zugute kommen? Konfliktursachen, die in der überwiegenden Bipolarität der militärpolitischen Balance lagen, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg entstand, schwinden zusehends. Zunächst sah es so aus, daß sich diese Hoffnung nicht nur auf Europa erstreckt oder beschränkt. Auch und gerade aus der Entwicklungsländerwelt kamen dafür kräftige Impulse. Afghanistan, Namibia, Eritrea, Kampuchea vermittelten das Bild einer erdrutschartigen Bewegung, die in der logischen Verlängerung das Ende aller regionalen Konflikte zu bringen schien. Doch führt das Ausklingen des Kalten Krieges zum Aussterben der regionalen Konflikte?

Dabei fällt der Blick nicht zufällig auf Asien. Folgt man der Kriegsliste von Kende und Gantzel<sup>2</sup>, so wurden zwischen 1945 und 1984 47 Prozent der 159 erfaßten inneren und zwischenstaatlichen Kriege in Asien (mit Ägypten), 28 Prozent in Afrika (o. Ägypten), 18 Prozent in Lateinamerika und 6 Prozent in Europa begonnen. Hier wurden nur Fälle berücksichtigt, in denen auf mindestens einer Seite organisierte Gewalt in Form regulärer Truppen zum Einsatz kam. Asien ist neben

<sup>1</sup> Neues Deutschland, Berlin, 17. 1. 1990.

<sup>2</sup> Gantzel, Klaus (Hrsg.), Die Kriege nach dem zweiten Weltkrieg, München 1986, S. 117.

Europa der einzige Kontinent, auf dem sich die Führungsländer der beiden mächtigsten Militärkoalitionen Warschauer Vertrag und NATO in Form der Truppen Sowjet-Asiens sowie der überseeischen US-Stützpunkte und -Pazifikflotte gegenüberstehen. Asien hat den traurigen Ruhm, erstes und hoffentlich einziges Einsatzgebiet von Atombomben gewesen zu sein. Die Kriege in Korea und Indochina führten bekanntermaßen zu den ernsthaftesten Erwägungen seitens der USA, nach 1945 erneut Kernwaffen bei militärischen Auseinandersetzungen einzusetzen.

Zunächst bleibt das auf gegenseitiger Abschreckung beruhende System der Kernwaffenübrüstung erhalten, das globalen Ansprüchen und damit interventionistischen Absichten auch weiterhin Geltung verschaffen kann. Doch geraten die „hausgemachten“ Konfliktursachen immer stärker ins Blickfeld, zum einen wegen ihrer „Zünder“funktion für das mögliche Auslösen eines Kernwaffenkrieges und zum anderen wegen ihres dauerhaften Charakters, der ihr Fortbestehen auch in einer „nachnuklearen“ Zeit wahrscheinlich macht.

Mit der Frage nach dem Konfliktpotential ethnisch-nationaler Prozesse wird ein aus marxistischer Sicht bislang wenig behandelter Aspekt der Konfliktforschung aufgegriffen, der über die bisher in der DDR und anderen sozialistischen Ländern gewohnte polarisierte Betrachtungsweise hinausgeht. Der Kategoriengruppenzusammenhang zwischen inneren Klassengegensätzen, gesellschaftspolitischen Orientierungen der Staaten und politischen Bewegungen sowie ihre Einordnung in Konfliktsituationen auf der einen oder anderen Seite der „Barrikade“ zwischen Weltsozialismus und Imperialismus wurden von verantwortlichen Politikern der SED und auch der KPdSU bis in die jüngste Vergangenheit als die wesentliche Komponente der Konflikte in der Dritten Welt betrachtet. „Schwierigkeiten und Überbleibsel des Alten macht sich der Imperialismus zunutze, und so kommt es zu lokalen Konflikten, ethnischen und religiösen Zwistigkeiten und (es) entsteht politische Instabilität“, erklärte Gorbatschow noch 1986 in seiner bekannten Rede in Wladiwostok zur Asien-Problematik.<sup>3</sup> Doch spätestens seit Ende der 70er Jahre, als regionale Konflikte im Libanon, in der Golfregion, in Afghanistan und Kampuchea sich immer hartnäckiger politischen Lösungsbemühungen entzogen, dämmerte auch im politischen Denken der DDR die Erkenntnis über die Unzulänglichkeit bisheriger Wertungen. Angesichts des Fehlens gezielter politologischer und historischer Ursachenfor-

3 Neues Deutschland, 29. 7. 1986.

schung war der Erkenntnisfortschritt auf ein scheinbar weiches Zugeben von Realitätsbezügen beschränkt. Mardek/Krämer bekannten sich 1980 zur „relativen“ und „zeitweiligen Selbständigkeit“ von Konflikten gegenüber dem Agieren des Imperialismus.<sup>4</sup> Sie formulierten vier Grundmuster von Konflikten und ließen neben der internationalen Systemauseinandersetzung gleichermaßen auch die „nationale Befreiungsbewegung“, die koloniale Vergangenheit und regionales Vormachtstreben als Ursachen gelten.<sup>5</sup> Zugleich hielten sie am Grundprinzip der allgemeinen Verantwortung des Imperialismus fest, der Konflikte „als wesentlichen Bestandteil seiner neokolonialistischen Strategie provoziert und nutzt“.<sup>6</sup> Ein solches Herangehen ließ offen, warum westliche Hauptmächte wie die USA, Großbritannien oder Frankreich – ohne auf Elemente der „Kanonenbootpolitik“ zu verzichten – aktiv auf die Beseitigung des einen oder anderen Konfliktherdes hinarbeiteten. Es verstellte auch einen genaueren Blick auf autochthone Ursachen. Fürtig kam der Sache wesentlich näher, als er 1989 feststellte, die Mehrzahl der regionalen Konflikte – mit steigender Tendenz – wäre tatsächlich aus inneren nationalen bzw. bilateralen oder multi-lateralen regionalen Widersprüchen abzuleiten.<sup>7</sup> Damit soll keine Renaissance der gängigen These angestrebt werden, die „Dritte Welt liege mit sich selbst im Kriege, während die Industriegesellschaften ein Hort des Friedens seien“<sup>8</sup>, was Senghaas bereits 1984 treffend kritisierte. Doch läßt sich der Zusammenhang zwischen regionalem Konfliktpotential und der Gesellschaftsentwicklung nicht verdrängen. Angesichts des zunehmenden Ausbruchs ethnisch und religiös definierter Gewalt – schon bekannte Stichworte wie *Kurden*, *Sikhs* oder *Tamilen* sind zu ergänzen u.a. durch *Aserbaidshaner* (Azhari), *Armenier* und *Tataren* – muß man sich dieser Frage verstärkt stellen.

Für die Untersuchung struktureller Konfliktursachen erscheint es von besonderem Interesse, daß nahezu alle asiatischen Konfliktparteien – mit Ausnahme der Staaten, die als Drittmächte intervenierten – nach

4 Mardek, Helmut, Krämer, Raimund, Konflikte im Bereich der Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, in: *Asien, Afrika, Lateinamerika*, Berlin 9(1981)4, S. 586.

5 Ebenda, S. 588.

6 Ebenda, S. 586.

7 Fürtig, Henner, Regionale Konflikte in Asien, Afrika und Lateinamerika und ihre Regulierung als Beitrag zur Friedenssicherung, in: *Asien, Afrika, Lateinamerika*, Berlin 17(1989)4, S. 731.

8 Senghaas, Dieter, Militärische Konflikte in der Dritten Welt, in: *Leviathan*, Opladen 12(1984)2, S. 274.

Motiven handelten, die auf die Bestätigung oder Behauptung ihrer Gruppenidentität als ethnische, ethnisch-religiöse, nationale oder national-staatliche Gemeinschaften hinauslaufen. Es erscheint uns möglich und als produktiver Ansatz zum Verständnis der Konfliktpotenzen ethnisch-nationaler Prozesse geeignet, diese verschiedenen Formen der Gemeinschaftsbildung und ihren Einfluß auf das Schüren regionaler Spannungen im Zusammenhang zu sehen und zu erklären. Der Zusammenhang ergibt sich aus einer hierarchisch gegliederten ethnisch-nationalen Struktur unterschiedlicher Integrationsniveaus. Sie reicht von kleinsten ethnischen oder ethnisch-religiösen Partikulargemeinschaften bis zu polyethnischen oder multinationalen Staatsvölkern. In Form von Sprach-, Kultur- oder Zivilisationskreisen erstreckt sich dieses Bindungsstreben weit über einzelne Staaten oder Völker hinaus, wie etwa in Asien bei den *malayischen*, den *indoarischen*, den *indoiranischen* oder *arabischen* Völkern, den *islamischen*, *buddhistischen* oder *hinduistischen* Zivilisationen. Dabei können sich Konsolidierung und Auflösung verschiedener Gemeinschaften durchaus überlagern. Die marxistische Nationstheorie hebt die Integrationsstufen des Stammes, der Völkerschaft, der Nation und des multinationalen Staatsverbandes besonders heraus. Hier wird Nation, die als zentrale Kategorie mit der höchsten Stabilität gilt, als ethnisch weitgehend homogene Gemeinschaft mit entwickelter wirtschaftlich-sozialer Basis, stabilen geistesgeschichtlichen Traditionen und einem abgegrenzten Siedlungsgebiet resp. Territorium verstanden – und damit nicht unbedingt dem Staat gleichgesetzt. Nicht überall stimmen Staat und Nation überein wie im klassischen Nationalstaat Europas. In den meisten Entwicklungsländern sind ethnisch-nationale Gemeinschaften entweder auf mehrere Staaten verteilt oder mehrere von ihnen bilden gemeinsam einen Staat.

Bei der Suche nach konfliktpotenten Gegensätzen springen die Prozesse um die Bildung von Ethnos und Nation sofort ins Auge. Beide Begriffe beschreiben zugleich Gemeinsames und Gegensätzliches. Da sie auf der Unterscheidung in „Wir“ und „Sie“ beruhen, beinhalten sie nicht nur die Erkenntnis einer gemeinsamen Identität, sondern auch die Differenzierung verschiedener Identitäten. In der recht umfangreichen westlichen Literatur zu ethnischen und zu regionalen Konflikten sowie deren Ursachen in der Dritten Welt werden ethnische Konflikte entweder auf den „kulturellen Pluralismus“ dieser Länder oder aus ökonomisch-soziologischer Sicht auf Modernisierungsprozesse zurückgeführt.<sup>9</sup>

<sup>9</sup> Vgl. Khan, Khushi M., Matthies, Volker, Kriegerische Konflikte in der Dritten Welt.

Die vor allem im angelsächsischen Raum überwiegende Pluralismustheorie stützt sich auf das sozialpsychologische Verständnis des Ethnos.<sup>10</sup> Die Bedeutung dieser Faktoren wäre auch aus marxistischer Sicht keineswegs in Abrede zu stellen, ja ihre häufige Unterschätzung vielmehr zu überwinden. Dennoch könnte die marxistische Gesellschaftsanalyse Eigenes einbringen, ohne unter dem Eindruck der Wende internationaler Konflikttheorien mechanisch zu kopieren. Wenn Marx feststellte, „daß Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln“<sup>11</sup>, dann scheint das auch auf andere Bewegungsformen der menschlichen Gesellschaft wie ethnisch-nationale Gemeinschaften anwendbar. Dabei ist jede einengende Interpretation des Begriffs „materielle Lebensverhältnisse“ zu vermeiden. Auch kulturelle Identität ist nicht ohne die materielle Kultur der durch sie geschaffenen Werte etc. denkbar.

Zum Verständnis ethnischer Konflikte sei hervorgehoben:

- Sie sind gesellschaftlich fundiert. Ethnische und nationale Gemeinschaften werden nicht nur als politische oder kulturell-psychologische Kategorien betrachtet, sondern als Ausdruck des Bestehens realer Völker, sozialer Gemeinschaften mit materiellen Wurzeln und stabilen Kulturtraditionen, die in der Regel in einem abgegrenzten Siedlungsgebiet leben oder zumindest dort entstanden sind.
- Ethnisch-nationale Gegensätze sind von sozial-klassenbezogenen Widersprüchen nicht zu trennen – auch wenn es keine Kongruenz gibt. Wo das eine sich herausbildet, formiert sich auch das andere. Es geht um eine *gleichzeitige* Zuordnung zu verschiedenen gesellschaftlichen Bewegungsformen. Religiöse Identität und Gemeinde werden insofern unter diese Prozesse subsumiert, wie sie Ausdruck realer Gemeinschaftsbildungsprozesse sind.
- Ein wesentliches Spezifikum ethnischer Konflikte liegt in ihrer Hartnäckigkeit. Ethnisch-nationales und ethnisch-religiöses Bewußtsein

Problemhorizont und Forschungsansätze, in: Regionalkonflikte in der Dritten Welt, München 1981, S. 40–50; Scheffler, Thomas, Ethnisch-religiöse Konflikte und gesellschaftliche Integration im Vorderen und Mittleren Orient. Literaturstudie, Berlin(West) 1985, S. 23/24, 27ff.

<sup>10</sup> Horowitz, Donald L., Ethnic Groups in Conflict, Berkeley 1985, S. 53; Landis, Dan, Boucher, Jerry, Themes and Models of Conflict, in: Ethnic Conflict. International Perspectives, Newbury Park 1987, S. 23–50.

<sup>11</sup> Marx, Karl, Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, in: Marx, K./F. Engels, Werke, Band 13, Berlin 1961, S. 8.

entstehen individuell wesentlich früher als sozial-klassenbezogene Identität, da es über die frühkindlichen familiären Bindungen (u.a. Sprache) vermittelt wird. Daher tritt es besonders hervor, wo die sozial-klassenbezogene Identität auf Grund mangelnder Bildung, geringer Wirtschaftsentwicklung usw. noch nicht entstanden oder zusammengebrochen ist.

## II.

In Asien mit seiner ausgeprägt multi-ethnischen und multikulturellen Struktur waren die Motive der Konfliktparteien nach 1945 immer weit in die soziale, kulturelle und historische Tiefe gestaffelt. Untersucht man die Konfliktursachen nach ihrer Beziehung zu ethnisch-nationalen Prozessen, so fällt ein zentrales Widerspruchsfeld auf. Der Prozeß der Erringung der Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit sowie die Konsolidierung der jungen Staatengebilde konnten keine Kongruenz mit den ethnisch-religiösen und ethnisch-nationalen Strukturen erzielen. Zwar ist diese Entwicklungsstufe auch von Europa bekannt. Im Prozeß der Nationwerdung gab es erhebliche sprachliche und kulturelle Differenzen innerhalb Frankreichs, Deutschlands oder Spaniens. Sprachvölker wie die Flamen und die Basken wurden geteilt, Minoritäten versprengt. Aber bevor die Staaten eine neue Einheit postulierten, hatten bereits Kapital- und Wirtschaftsverkehr optimale Markt- und Verbindungsstrukturen geschaffen, setzte sich der Industriekapitalismus durch. Anders in Asien und anderen Teilen der Entwicklungswelt, wo die Staaten-gründung die ethnisch-kulturelle, soziale und wirtschaftliche Konsolidierung der Nationen weit überholte. Dort konnten die Nationalstaaten nur dem Namen nach als solche gelten.

Dennoch kam es zu keinem Nachvollzug der europäischen Entwicklung. Die Segmentierung der orientalischen Gesellschaften ließ sich nicht in gleicher Weise auflösen wie in Europa. Stabile Klientel- und Stammesinteressen reproduzierten sich unter rasch wechselnden politischen und sozialökonomischen Verhältnissen seit dem frühen Mittelalter. Raub und Krieg zimmerten periodisch wechselnde Großreiche auf ethnisch-linguistisch und religiös sehr heterogenen Siedlungsgebieten zusammen. Das veranlaßte viele Herrscherdynastien, ihre Macht mittels der Gegenüberstellung ethnisch und religiös verschiedener Gruppen an der Basis und in der Administration zu befestigen. Die koloniale Eroberung Asiens setzte diese Traditionen fort und führte sie zu neuer Vollen-

derung unter sozialökonomisch völlig veränderten Bedingungen: der beginnenden globalen Ausdehnung des Kapitalismus. Die Genesis und weitere Vervollkommnung kapitalistischer Gesellschaftselemente benutzte als Hülle die vorgefundenen ethnisch-religiösen Gemeinschaften, deren separate Identität auf diese Weise reproduziert und befestigt wurde. Bei der Teilung von Kapital und Arbeit zwischen verschiedenen Industriezweigen vollzog sich zugleich eine Arbeitsteilung zwischen verschiedenen ethnisch-religiösen Gruppen. Auch wenn diese Segmentierung nicht bis ins letzte Familienmitglied heute nachvollziehbar ist, bestimmt sie doch *in der Tendenz* wesentlich die Gesellschaftspolitik Asiens. Davon zeugen die *christlich-maronitische* Finanzbourgeoisie Libanons ebenso wie die *alawitische* Führung Syriens oder die *tamilischen* Plantagenarbeiter auf *Sri Lanka*, die Plantagenarbeiter *indischer* Herkunft in *Malaysia*, die urbane *chinesische* Handelsbourgeoisie in *Malaysia, Singapore* und *Indonesien* oder die *muslimischen* Kleinbauern und Pächter (*Moro*) auf dem *philippinischen Mindanao*.

Stärkte letztgenannte Tendenz die Partikularinteressen, so ist andererseits auch nicht zu übersehen, daß sich immer stärker Konsolidierungsprozesse in den Rahmen staatlich-administrativer Grenzen verlagerten. Staatliche Strukturen bieten die Möglichkeit der politischen Einflußnahme und der Umverteilung von Ressourcen zugunsten der beherrschenden ethnischen Kräfte. Auf dieser Basis wurde in den multi-ethnischen Staaten wie *Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Indien* oder *Iran* ein gesamtstaatlicher Gemeinschaftsbildungsprozeß eingeleitet. Trotz aller divergierenden Interessen ihrer Gliedvölker sprachen die Vorteile eines gemeinsamen Marktes, eines akzeptierten Platzes in der internationalen Wirtschaft und Politik, einer Bündelung der Ressourcen zur sozialen und kulturellen Entwicklung dafür. Die Frontbildung in den Gesprächen mit den westlichen Industriemächten über die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung tat in den letzten Jahren ein übriges, um das Zusammenrücken innerhalb der Staatsgrenzen zu fördern.

Aus diesem Blickwinkel zeichnet sich eine Parallelität der Konsolidierungsprozesse ab: zum einen auf der Ebene der – oft multikulturellen – Staatsvölker und zum anderen auf der Ebene der einzelnen ethnisch-nationalen oder ethnisch-religiösen Gemeinschaft. Dabei verlaufen offensichtlich die Integrationsprozesse in den multi-ethnischen Staatsvölkern deutlich langsamer als in den Partikulargemeinschaften.

Die unterschiedlichen Tendenzen und Traditionen der Gemeinschaftsbildung lassen es m.E. zu, die Konflikte in Asien nach den verschiedenen Konsolidierungsprozessen zu ordnen – ohne damit im-

mer das Primat ethnisch-nationaler Prozesse in der Konflikentwicklung apostrophieren zu wollen. Grundlage der begrifflichen Bestimmung des „Konfliktes“ sollte die wiederholte und andauernde Anwendung von organisierter Gewalt sein, wobei keine Einschränkung auf staatlich organisierte Gewalt einer der Konfliktparteien (reguläre Streitkräfte) sinnvoll erscheint, um auch solche aus dem Gesellschaftskörper gewachsenen Konflikte wie zwischen indischen Hindus und Muslims zu erfassen. Von den akuten „Spannungen“ unterscheidet den „Konflikt“ begrifflich vor allem die Wiederholung und/oder die Dauer sowie die Intensität der Gewaltanwendung.

Für die Untersuchung des regionalen Konfliktpotentials bieten sich drei Ansatzpunkte an:

1. das häufig multi-ethnische *Staatsvolk*,
2. die grenzüberschreitenden großen *Ethnien* und
3. die innerstaatlichen *Partikulargemeinschaften*.

Die Konflikte dienen jeweils der Ausprägung bzw. Behauptung der entsprechenden Identität. Die Einordnung wird dabei von der konflikt-auslösenden Partei bestimmt. In zahlreichen Konflikten treten Mehrfachursachen auf, die eine doppelte oder dreifache Zuordnung nach sich ziehen. Dabei kann es sich nur um einen Diskussionsvorschlag – und kein rigides Erklärungsmuster – handeln, dessen Anliegen es ist, Zusammenhänge aufzuhellen und bisher gewohntes blockpolarisiertes Denken im Hinblick auf die Dritte Welt zu durchbrechen.

Die Gemeinschaftsbildung als Staatsvölker setzte bereits in der Kolonialzeit innerhalb meist willkürlich gezogener Grenzen ein. Damals formierten sich auch die Haupttriebkraft einer Integration, die bis heute wirken. In der Nachkriegsentwicklung Asiens zeichneten sich drei Gruppen von Konflikten ab, bei denen es um die Bestätigung oder Ausgestaltung der jungen Nationalstaaten ging:

1. antikoloniale Konflikte,
2. „Sicherungs“konflikte um den territorialen Bestand der neuen Staaten,
3. „System“- oder „Gesellschaftskonflikte“, bei denen es um den sozialpolitischen Inhalt des neuen Staatswesens ging.

Zur ersten Gruppe wären die antikolonialen Befreiungskriege und Aufstände in *Burma* (1945–47), *Indonesien* (1945–49), *Malaya* (1945–57) und den *indochinesischen* Staaten (1946–54) zu rechnen. In ihnen manifestierte sich ein erstarkender nationalstaatlicher Nationalismus, der trotz multiethnischer Zusammensetzung seine mobilisierende Funktion gegen den gemeinsamen Feind erfüllte und integrierend wirkte. In der

zweiten Gruppe finden sich jene Konflikte, die sich aus offenen territorialen Fragen – zumeist verbunden mit der Selbstbestimmung von ethnischen oder religiösen Gemeinschaften – ergaben. Waren die Konflikte der ersten Gruppe zweifellos historisch gerecht, ist eine solche Bestimmung für die zweite schon schwieriger – gab es hier doch bereits konkurrierende Ansprüche der jungen Staaten oder einzelner ihrer Gliedvölker. In solchem Sinne wäre die präventive Besetzung der *arabisch-palästinensischen* Gebiete durch *Israel* (1948–49) zu verstehen, auch der Einmarsch *chinesischer* Soldaten in *Tibet* (1950) und *indischer* Truppen im ehemaligen Fürstentum *Haiderabad* (1948). Ein ähnliches Vorgehen Indiens gegen das ehemalige Fürstentum *Dschammu* und *Kaschmir* (1947–49) war nicht von gleichem Erfolg gekrönt, sondern endete in einem Waffenstillstand mit *Pakistan*, das seinerseits den Anschluß erwirken wollte. Auch *Indonesiens* Zentralgewalt intervenierte mehrfach in dieser Weise: in den *Südmolukken* (1950), in *West-Irian* (1962) und *Osttimur* (1975). Letztlich stand auch hinter den Kriegen *Nordvietnams* (1964–73) und *Nordkoreas* (1950–53) gegen die *USA* der verständliche Wunsch, die südlichen Landesteile zu befreien und konsolidierte Nationalstaaten zu schaffen – abgesehen von sozialpolitischen Motiven –, waren doch die Teilung *Vietnams* und *Koreas* in gewisser Weise unnatürliche Eingriffe in den Ablauf des Entkolonialisierungsprozesses und die Genesis der Nationalstaaten. Die nationalistische, „vaterländische“ Komponente im *vietnamesischen* wie auch im *koreanischen* Handeln ist bis heute nicht zu übersehen.

Fragwürdig mag die Zuordnung der dritten Gruppe – „System“- oder „Gesellschaftskonflikte“ – zum Problemkreis nationale Identität erscheinen, wechselt doch nicht mit jeder Systemveränderung auch der Nationalcharakter. Während sich jedoch in den „zivilen Gesellschaften“ der klassischen Nationalstaaten *Europas* und *Nordamerikas* dank dem revolutionären Eingriff des industriellen Kapitalismus Mechanismen etablierten, die eine häufig politische, gewaltfreie Austragung dieser Gegensätze ermöglichten, mußten diese in der Dritten Welt erst noch geschaffen werden. Zudem waren „System“konflikte häufig mit besonderen Ansprüchen einer ethnisch oder religiös definierten Gruppe verbunden. Auf diese Weise wurden „System“konflikte fast immer zu einem existentiellen Problem für den Nationalstaat. Davon zeugten in unterschiedlicher Weise die Bürgerkriege in *China* (1947–49: *han-chinesische* Komponente des Maoismus), in *Laos* (1954–61, 1963–73: *laotisches* Element in Abgrenzung von Stämmen wie *Meo* usw.), die – über weite Strecken auch autochthone – *südvietnamesische* Befreiungs-

bewegung (bis 1975), das Agieren der kommunistischen Guerilla überwiegend *chinesischer* Nationalität in *Malaysia* und *Thailand* (1948–89) sowie der KP *Burmas – Myanmars* (1948–...). Auch der *Afghanistan-Konflikt* ist wohl erheblich – soweit es seine inneren Ursachen betrifft – in Konsolidierungsdefiziten des Nationalstaates zu sehen, was sich nicht zuletzt in den Spannungen zwischen der *paschtunischen Khalq*- und der *persischen Parcham*-Fraktion der Demokratischen Volkspartei *Afghanistans* widerspiegelte. Deutlich tritt auch im Handeln der „Roten *Khmer*“ im *Kampuchea*-Konflikt die *khmer-nationalistische* und traditionelle *antivietnamesische* Komponente zutage. Des weiteren wären hier die „*islamische* Revolution“ im *Iran* (1978–82) mit ihrem *schitisch-persischen* Nationalismusverständnis, der organisierte *palästinensische* Widerstand nach 1948 und insbesondere die „*Intifāda*“ seit 1988, das Agieren der *muslimischen* Bevölkerungsgruppen im *libanesischen* Bürgerkrieg nach 1975 sowie die stammesgebundenen Oppositionsbewegungen in den beiden *Jemen* zu berücksichtigen. Die scheinbar so divergenten Bewegungen motivierte in ihrem Kampf um Systemumgestaltung neben politischen und ideologischen Momenten vor allem das nationalstaatliche (über-) Lebensinteresse ihrer Völker.

Zum Problem der grenzübergreifenden Ethnien ergibt sich aus marxistischer Sicht die Frage nach den Kräften des Zusammenhalts und der gegenseitigen Anziehungskraft. Ist es so – wie die sozialpsychologische Schule mutmaßt –, daß doch die Kraft des Geistes, der Erinnerung und Kultur den Ausschlag gibt? Die Entwicklungen in Asien belegen das nicht. Das besondere Merkmal der Lage der geteilten großen Ethnien, wie der *Kurden*, der *Paschtunen*, der *Belutschen* und im gewissen Sinne auch der *Palästinenser* besteht in der relativen Schwäche ihrer Teilmölkler im jeweiligen Staatsverband, wo sie nicht die Mehrheit stellen. Panethnische Bewegungen für ein *Paschtunistan*, *Belutschistan* oder *Kurdistan* gehen meist von den Volksteilen aus, die sich besonders benachteiligt fühlen und sich des Rückhalts der anderen Volksteile zur Stärkung ihrer Positionen im Staatsverband bedienen wollen. So fühlen sich die *Paschtunen* und *Belutschen Pakistans* den dominierenden *Pandschabis* unterlegen. Ähnlich geht es den *Kurden* in der *Türkei*, im *Irak* oder *Iran*. Der modernisierungstheoretische Ansatz, daß Konflikthanlässe in dem Maße schwinden, wie eine sozialökonomische Integration erfolgt, erweist sich jedoch als zu kurzschlüssig. Mit höherem Entwicklungsniveau wächst auch das ethnisch gebundene Nationalbewußtsein, so daß die Frage der nationalen Einheit und Selbstbestimmung dieser Völker offen bleibt.

Etwas anders verhält es sich mit jenen Ethnien, die sich mehrheitlich

in einem Stammland organisiert haben, von denen aber einzelne Teile in Nachbarstaaten leben. Zwar stellt sich nicht hauptsächlich die Frage einer nationalstaatlichen Vereinigung der einzelnen Volksteile. Aber wenn sich Identitäten durch Religions- und Sozialunterschiede verfestigen, wie bei den *muslimischen Malayen* in *Thailand* und den *Philippinen* oder den *buddhistischen Thai* in *Malaysia*, wachsen unter diesen Minderheiten Autonomie- bzw. Separatismustendenzen.

Das Aufleben ethnisch-nationalistischer Bewegungen – und besonders auch panethnischer Aspekte – bei *Aserbaidshanern* und *Armeniern* könnte einer dritten Untergruppe zugeordnet werden. Auch hier bilden sozialökonomische Hebel den Auslöser – jedoch durch ihr Versagen und Verfallen. Bei einem Zusammenbruch sozialpolitischer Orientierungsgeflechte übernehmen ethnisch-nationalistische Bewegungen am ehesten die Wertbildung. Die Hinwendung der *sowjetischen Azhari* zu den *iranischen*, von deren Lebensbedingungen sie wohl kaum eine Vorstellung haben, erwächst aus ihrer Orientierungslosigkeit angesichts des immer schlechter funktionierenden öffentlichen Lebens in der *UdSSR*. Panreligiösen Bewegungen, von denen in Asien vor allem der Panislamismus von Bedeutung ist, kommt m.E. nur beschränkt eine ethnische Qualität zu. Vor allem dort erhält der Panislamismus ethnische Züge, wo er, wie bei den *sowjetischen Azhari*, den *Malayen* in *Thailand* und auf den *Philippinen* oder den *sunnitischen Belutschen* im *Iran* usw. mit der Völkerkonsolidierung verknüpft ist. Die Abspaltung *Bangladeschs* von *Pakistan* 1971 stellt einen Grenzfall dar. Einerseits trug die Bewegung stark panethnische Züge, da sie weitgehend vom bengalischen Nationalismus und dem Zusammenwirken mit dem *indischen Westbengalen* inspiriert wurde. Die spätere Rückkehr des „mainstream“ in *Bangladesch* zur *Muslimpolitik* zeigte jedoch die gemeinschaftsbildende Wirkung von Religion, wenn sie wie hier im Rahmen einer abgegrenzten Gesellschaft wirkte und so eine Fraktionierung des *bengalischen* Ethnos möglich machte. Die zwischenstaatlichen Einigungsbestrebungen im *arabisch-islamischen* Raum blieben jedoch weitgehend erfolglos. Hier beförderten sozial und ökonomisch begründete Sonderinteressen eher die Befestigung der nationalstaatlichen Unterteilung, wie sie aus der Kolonialzeit ererbt wurde.

Von ungebrochener oder wachsender Konfliktrichtigkeit sind die Bewegungen der innerstaatlichen Partikulargemeinschaften. Die damit gemeinten Ethnien, die sich meist in einer Minderheitensituation befinden, haben kaum ethnisch verwandte Partner außerhalb der Grenzen, die sie unterstützen könnten. Dazu gehören Bewegungen von Völkern,

die zunächst nach der Erlangung der Unabhängigkeit von der Zentralgewalt angegliedert wurden. Da ihnen dies meist nicht viel einbrachte, kleidete sich ihr sozialer Protest in den Widerstand gegen den Anschluß, wie in den Konflikten in *Tibet* (1954–59) oder *West-Irian* (1977). Um einen angemessenen Anteil an den ökonomischen Ressourcen und der politischen Macht ging es – unter lokal verschiedenen Vorzeichen – den *Tamilen* auf *Sri Lanka*, den *Maga*, *Mizo*, *Assamesen*, *Sikhs* in *Indien*. Ähnlich gelagert ist der seit 1948 anhaltende Kampf der *Karen*, *Shan* und *Kachin* in *Burma* gegen eine Vorherrschaft der *Burmesen*.

Wenn sich seit Anfang der 70er Jahre Partikularkonflikte häuften, dann spiegelte das nicht selten die gewachsene Dynamik der kapitalistischen Gesellschaftsentwicklung Asiens in den 60er Jahren wider. Sie hatte soziale Umschichtungsprozesse von großem Ausmaß eingeleitet. Vor allem die Agrarbevölkerung begann in größerem Umfang an der Entwicklung zu partizipieren. Das Agrarkapital, seinem Wirkungskreis nach lokal und so in vielem der ethnischen Formierung äquivalent, drängte in Gestalt der Klein- und Mittelbauern in ethnische und religiöse Bewegungen, um sich bessere Reproduktionsbedingungen zu sichern. Symptomatisch dafür sind die agrarischen Forderungen bei *Kurden*, *Paschtunen*, *Sikhs*, den *Tamilen* oder den *philippinischen Moro*, wo es um Landbesitz, Widerstand gegen fremdstämmige Siedler, Wasserverteilung, Kredite u.ä. ging. In den 70er Jahren kam in den ethnischen und religiösen Bewegungen im Zuge einer Wachablösung eine neue Generation ans Ruder. Studentenfürher als Stimme der arbeitslosen Intellektuellen radikalisierten ihre Forderungen und Methoden. Sie artikulierten die Ausweglosigkeit der sie tragenden sozialen Kräfte. Sinnlose, sich selbst reproduzierende Gewalt begann die politischen Bewegungen zu zersetzen.<sup>12</sup>

<sup>12</sup> Vgl. Reetz, Dietrich, Nationale Formierung und Kapitalismuseentwicklung: Tendenzen und Probleme in Südasien, in: asien, afrika, lateinamerika, Berlin 17(1989)2, S. 218–220; Rüländ, Jürgen, Regionalkonflikte in Südostasien – eine Region im Spannungsfeld der Großmächte, in: Krisenherde in der Dritten Welt – eine Bedrohung des Weltfriedens? Freiburg 1986, S. 166–169; Ahmed, Sami Mansour, Internal Cleavages and Regional Conflict: the Case of Lebanon, in: Regional Security in the Third World, London 1986, S. 95–99.

### III.

Angesichts solch düsterer Visionen klingt die Frage nach einer asiatischen Friedensordnung eher euphemistisch. Die Aufschlüsselung der Konfliktmotive nach ihrem Verhältnis zur ethnisch-nationalen oder national-staatlichen Konsolidierung zeigt eine aus dem Wachsen von Nationalstaaten mehr oder weniger objektiv begründete zeitlichen Verlagerung der Konfliktfelder aus dem anticolonialen in den System- und vor allem Partikularbereich. Im letzteren begann sich ein Konfliktpotential zu institutionalisieren, dessen tragende Strukturen nicht verschwanden, sondern sich reproduzierten. Der allgemeine Übergang zur politischen Austragung von Gegensätzen, die aus der Völkerkonsolidierung erwachsen, ist nicht in Sicht. Auch bei größerem Schrittmaß des asiatischen Wirtschaftswunders treten die ethnisch-religiösen Unterschiede nicht zurück, sondern nur noch stärker hervor. So bleiben ethnisch-religiöse Spannungssituationen ein ständiger Begleiter der Gesellschaftsentwicklung der asiatischen Länder. Ihr Auswuchern in Konflikte bildet jedoch keine fatale Unausweichlichkeit. Es gilt, auf die ethnopolitischen Kräfte Einfluß zu nehmen, die Hand nicht zum Schlag zu heben, sondern zur Verständigung. Dazu sind in allen „heißen“ Regionen und Ländern – zuvorderst sei gedacht an *Afghanistan*, *Kampuchea*, *Libanon*, *Israel* und *Palästina*, an *Iran*, *Irak* und *Sowjetmitleasien* – wirksame Demokratisierungsprozesse nötig, die die Mitwirkung der verantwortlichen ethnopolitischen Kräfte an der Zentralgewalt der jeweiligen Staaten bzw. an regionalen und globalen Kooperationsstrukturen ermöglichen.

Damit sind die Möglichkeiten einer formalisierten Friedensordnung für Asien, wie sie von der Sowjetunion 1986 in Anlehnung an den KSZE-Prozeß in Europa vorgeschlagen wurde<sup>13</sup>, äußerst gering. Kein kontinentales Sicherheitskonzept kann sich auf die Militärpotentiale und daraus resultierende Ansprüche der Regional- und Globalmächte beschränken und die Grenz- und Territorialfrage ausklammern.

Das Herzstück der europäischen Nachkriegsordnung war ein weitgehender Konsens über die Unveränderlichkeit der Grenzen. Weniger formell und mehr in der Tendenz umfaßte er auch die relative Stabilität der Bündniszugehörigkeit und der sozialpolitischen Orientierung der Länder. Er fand seine direkte Entsprechung in der Dritten Welt durch

<sup>13</sup> Vgl. Glaubitz, Joachim, Heinzig, Dieter (Hrsg.), Die Sowjetunion und Asien in den 80er Jahren, Baden-Baden 1988.

den Beschluß der Organisation für Afrikanische Einheit von 1964, in der nachkolonialen Phase keine Grenzrevision vorzunehmen. Mit der politisch-gesellschaftlichen Neuordnung Europas, die faktisch begonnen hat, selbst wenn man davon ausgeht, daß einige Staaten Osteuropas sich weiterhin die sozialistische Option offenhalten, wurde dieser Konsens in den Augen der Dritten Welt erschüttert. Da können kaum Forderungen der Dritten Welt abgewehrt werden, auch für sich diesen Konsens zu überdenken. Bedeutet das erneut den Ruf nach homoethnischen Nationalstaaten für alle großen Völker? Am Horizont droht das Gespenst einer allgemeinen globalen Grenzrevision, die nicht ohne tiefe Labilität des Weltgeschehens ablaufen würde. Ethnisch-nationale und ethnisch-religiöse Identität gewinnen als Motiv und Ziel für regionale Konflikte wohl weiter an Bedeutung.

Hält das Tauwetter in den Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR an, dann wachsen zwar die Kompromißfelder bei regionalen Konflikten. Die Möglichkeiten der Übereinkunft und des Interessenausgleichs zwischen den Großmächten verringern die Chancen für lokale und regionale Konfliktparteien, global-politische Polaritäten für ihre Interessen zu nutzen. Aber die Krise des Weltsozialismus – nicht nur in Europa, sondern auch in Asien – und das abenteuerliche Wagnis eines strategischen Vorteils des Westens (siehe Panama oder Nikaragua) setzen der Entspannung in der Dritten Welt deutliche Grenzen. So hängt auch in Asien vieles vom weiteren Verlauf der inneren Entwicklung in der UdSSR ab. In der Region waren die sowjetischen Vorschläge zur asiatischen Sicherheit wesentlich durch den Wunsch motiviert, mit China und Japan ins reine zu kommen. Doch eine sich weiter demokratisierende UdSSR würde zur Herausforderung für die jetzige chinesische Parteiführung. Und ein weiterer Niedergang der sowjetischen Wirtschaft und der öffentlichen Ordnung verringert die Attraktivität für das japanische Kapital weiter, in der SU groß einzusteigen und dafür Zugeständnisse zu den Südkurilen mitzubringen. Die Versuchung freiwerdender militärisch-politischer Potenzen der USA könnte zeitweilig wachsen. Bei der UdSSR wirkt das weniger wahrscheinlich (wenn dies auch angesichts der ausgeprägten asiatischen Interessen der UdSSR und einer neuerstarkenden großrussischen Bewegung nicht völlig auszuschließen ist). So werden auch in Asien die verbleibenden globalen und regionalen Kernwaffenpotentiale die internationale Politik noch für geraume Zeit in den Bahnen eines polarisierten geopolitischen Macht- und Blockdenkens halten.

Asiatische Politiker schienen den ungeteilten Nutzen der globalen

Veränderungen für die Dritte Welt bereits vor den jüngsten Ereignissen in Osteuropa anzuzweifeln. Der damalige indische Ministerpräsident Rajiv Gandhi brachte es auf dem IX. Gipfel der Nichtpaktgebundenen in Belgrad schon im September 1989 auf den Punkt: „The cold war may, in some measure, have been suspended, but durable peace remains a distant mirage.“<sup>14</sup> Es muß gelingen, die entstandene Beweglichkeit auch in Asien in kooperative Strukturen, zunächst regional, umzusetzen. Schlägt das fehl, so werden sich Partikularkräfte ermutigt fühlen, die Ereignisse selbst in die Hand zu nehmen. Ein „disengagement“ der Großmächte fördert die Rolle der großen Regionalmächte. Sie werden auf eine Festigung der Regionalstrukturen setzen. Das sollte von West- und Osteuropa gleichermaßen gefördert werden. So wäre dies ein Beitrag für eine Einigung Europas und eine kooperative Welt.

<sup>14</sup> IXth Summit of the Non-Aligned Movement (Konferenzmaterialien), Address by Prime Minister Rajiv Gandhi, Belgrade 5 September 1989, S. 12.